

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
pränumerando.

Anzeiger

für

Zwönitz und Umgegend.

Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltengzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

Nr 13.

Donnerstag, den 29. Januar 1880.

5. Jahrg.

Öffentliche Sitzung des Stadtgemeinderaths zu Zwönitz Freitag, den 30. Januar c., Nachmittags 6 Uhr, im Verhandlungsaal des Rathhauses.

Tagesordnung ist am Verhandlungstage von Vormittags 9 Uhr an in der Hausflur des Rathhauses öffentlich ausgehängt.

Bekanntmachung.

Nach § 2 des hierorts bestehenden Regulativs über Erhebung der Hundesteuer ist bis zum 20. Januar eines jeden Jahres die Hundesteuer unerinnert zu bezahlen.

Da eine größere Anzahl hiesiger Einwohner dieser Verpflichtung noch nicht nachgekommen ist, so wird hierdurch nochmals an die sofortige Bezahlung der Hundesteuer erinnert. Wer am 31. d. M. noch in Rückstand verblieben, hat sich nach Befinden der ungefäulsten executivischen Beitreibung zu gewärtigen.

Zwönitz, am 27. Januar 1880.

Der Bürgermeister.
Schönherr.

Tagesgeschichte.

Deutschland. Officiös verlautet, daß die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wegen eines definitiven Zoll- und Handelsvertrages in kürzester Zeit wieder aufgenommen werden sollen. — In der Angelegenheit des in Südamerika beschlagnahmten deutschen Privatdampfers „Lugor“ hat die Reichsregierung ihren festen Willen kundgegeben, auf die Freigabe des Schiffes zu bestehen. Sie wird dabei durch die österreichisch-ungarische und die englische Regierung unterstützt, welche ihren Vertretern in Südamerika den Auftrag gegeben haben, die Schritte ihres deutschen Collegen zu unterstützen. Denn die Beschlagnahme des Dampfers durch den höchsten Gerichtshof in Lima wird als eine dreiste Verletzung des Völkerrechts betrachtet. Nach Nachrichten aus Panama vom 14. d. M. soll der „Lugor“ bereits freigegeben worden sein.

Berlin. Kaiser Wilhelm ertheilte am Montag dem abberufenen russischen Botschafter Dubril Abschiedsaudienz. Saburoff, der neue Botschafter, ist am Montag früh in Berlin eingetroffen.

— Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist Montag von Barzin in Berlin eingetroffen. Man erwartet nicht, daß der Fürst direct in die parlamentarischen Verhandlungen eingreifen wird, indessen darf man sich schon von seiner Anwesenheit in Berlin einen fördernden Einfluß auf die Kammerarbeiten versprechen, wie denn dieselbe auch in gewissen und großen Fragen für die Verständigung mit den Parteien zweifellos von Vortheil sein wird.

— Die neue Militär-Vorlage bildet den hervorragenden Theil der Besprechung des In- und Auslandes. Die Mehrzahl der Blätter beurtheilt die Vorlage in durchaus sachgemäßer und besonnener Weise. Unsere liberalen und konservativen Blätter begegnen sich in gleichem Patriotismus und erkennen die Nothwendigkeit der Erhöhung des Heeres an und machen auch selbst gegen die abermalige Bewilligung des Militär-Etats für 7 Jahre keine Opposition; die Blätter des Centrums verhalten sich abwartend, während die fortschrittlichen Organe in gewohnter Weise gegen den Entwurf Sturm laufen.

Oesterreich-Ungarn. Die Verhandlungen mit Serbien wegen des durch den Berliner Vertrag stipulirten Handelsvertrages nehmen endlich einen beschleunigten Gang an. Eigenthümlich ist dabei, daß, während alle übrigen Parteien in der Frage fest zur Regierung stehen, die Czechen den serbischen Standpunkt vertheidigen. Dafür erwerben sie sich natürlich den Dank Rußlands. — Die Pester Straßentumulte sollten am Mittwoch im ungarischen Abgeordnetenhaus besprochen werden. Ministerpräsident Tisza hat den Antrag auf Besprechung bekämpft. Tisza selbst soll vor wenigen Tagen geäußert haben, er wünsche nur noch eine ehrenvolle Niederlage, um dann zurücktreten zu können.

Frankreich. Die Verhandlungen, welche von zwei Gruppen

der Republikaner behufs Gründung einer großen republikanischen Partei gepflogen wurden, können als gescheitert betrachtet werden. Die „republikanische Vereinigung“ hat nämlich beschlossen, daß allen Republikanern der Eintritt in die Partei gestattet werden solle, und damit fiel das ganze Projekt in's Wasser.

England. Wie bereits kurz gemeldet worden, ereignete sich am 21. d. ein furchtbares Unglück in der Kohlenzeche Fair-Lady zu Apeedale, zwischen Newcastle-under-Lyne und Coewe (Eigenthum der Lewcett-Coal- u. Iron Compagny) durch eine Explosion schlagender Wetter. Um 8 Uhr Morgens stiegen etwa 75 Bergleute in den Schacht hinab; 1/2 Stunde später erfolgte die Explosion. Rettungsmannschaften begaben sich sofort nach dem Schauplatz der Catastrophe, wo sich die schlimmsten Befürchtungen verwirklicht hatten. Einige Bergleute wurden noch lebend angetroffen, aber in so verbrannten und verstümmelten Zustände, daß alle Hoffnung auf ein Wiederaufkommen aufgegeben wurde, und es kann keinem Zweifel unterliegen, das mindestens 70 Menschen ihr Leben verloren haben. Die an's Tageslicht geförderten Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt; eine war kopflos, andere zu Hundstücken verbrannt. Die Wenigen, die lebend an's Tageslicht gefördert wurden, verchieden rasch. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht genau ermittelt; aber man glaubt, sie sei der gashaltigen Natur des Kohlenjaumes zuzuschreiben.

Spanien. Der Vertheidiger des Attentäters Otero beantragte, daß Sachverständige mit der Untersuchung des Geisteszustandes desselben betraut würden. Der Untersuchungsrichter hat diesem Antrage Folge gegeben. Die Sachverständigen erklären nun, daß Otero ganz verständig sei und einen hohen Grad von Verschmißtheit und Energie besitze. Der Untersuchungsrichter ließ ferner konstatiren, daß die erste Kugel vor dem Kopfe der Königin vorbei in die Luft ging, während die zweite Kugel das Mauerwerk des königlichen Palastes beschädigte.

Türkei. Der englische Botschafter Layard unterhält aus seinen Bibelconflicts-Batterien das Feuer und kämpft mit Savas Pascha um das der Polizei zustehende Recht, jeden bei der Verübung eines Verbrechens auf frischer That erappten Ausländer zu verhaften und alle etwaigen Belastungsstücke mit Beschlag zu belegen. Unterdessen hat auch der französische Botschafter den Kampf gegen die Pforte eröffnet, und jetzt droht der Pforte von Paris direct her ein gewitterschwangeres Wölkchen. Dort haben 3000 Besitzer türkischer Fonds die Unterstützung des Staatsoberhauptes der französischen Republik gegen das finanzielle Abkommen der Pforte mit den Banquiers von Galata angerufen. Die drängenden Gläubiger erklären Grévy, daß sie im Falle der Verweigerung dieser Unterstützung die Einsetzung einer auf Grund des Berliner Vertrages zusammenberufenen internationalen Commission beantragen werden, um ihre thatsächlich verletzten Interessen zu wahren.